

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>1) Finanzen / Beihilfe 1a) Mit welchen Veränderungen im Rahmen der Besoldung und Versorgung haben wir zu rechnen, wenn Sie die Regierungsverantwortung übernehmen?</p>	<p>a) Die Lohnrunde 2011 wird mit einer Auftaktrunde am 4. Februar 2011 beginnen. Die Gewerkschaften haben im Dezember 2010 ihre Forderungen für die Tarifrunde 2011 beschlossen und öffentlich gemacht. Ihre zentrale Forderung besteht in einem Sockelbetrag von 50 Euro für alle Beschäftigten und Bediensteten des öffentlichen Dienstes und eine auf den sich ergebenden Betrag 3 %ige lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter. Rheinland-Pfalz ist Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Diese führt also auch für das Land Rheinland-Pfalz die Verhandlungen mit den Gewerkschaften. Die SPD und die SPD-Fraktion haben in der Vergangenheit die Auffassung vertreten, dass sich die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst aus der Abwägung zwischen den berechtigten Interessen der Beschäftigten an der Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung einerseits wie andererseits der Lage der öffentlichen Haushalte vor dem Hintergrund des gesamten von der öffentlichen Hand zu leistenden Aufgabenspektrums ergeben muss. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die makroökonomische Bedeutung der Entwicklung von Löhnen, Gehältern und Besoldung im öffentlichen Dienst. Den Kurs dieser komplexen Abwägung werden wir fortsetzen.</p>	<p>Wir planen keine Veränderung der grundlegenden Besoldungs- und Entlohnungsstruktur bzw. der Beihilferegelungen rheinland-pfälzischer Lehrkräfte. Im Rahmen der Nachwuchsgewinnung insbesondere für Mangelfächer stehen wir jedoch zeitlich befristeten Leistungszulagen offen gegenüber. Solche Regelungen wollen wir jedoch nur im Konsens mit den betroffenen Lehrerinnen und Lehrer treffen.</p>	<p>Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind die Grundlage für ein gutes Schul- und Bildungswesen. Für die Bildung müssen die besten Kräfte gewonnen werden. Deshalb wird sich die FDP für eine Verbesserung und Modifizierung der Verdienst und Aufstiegsmöglichkeiten einsetzen. Die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind maßgeblich für die Ergebnisse des Bildungs- und Erziehungswesens. Diese überragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe verlangt nicht nur Respekt und Würdigung, sondern es müssen vielmehr auch Anreize geschaffen werden, um leistungswilligen und pädagogisch befähigten Personen den Weg in den Schuldienst attraktiv zu machen. Die Besoldung muss sich dabei an Qualifikation und Leistung orientieren. Eine Einheitsbesoldung lehnen wir ab. Stattdessen gehören Leistungsprämien in unseren Augen zu einem erfolgsorientierten System, damit erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer über ein Leistungsprämienystem weitere Anreize und Anerkennung erhalten.</p>	<p>Antworten auf diese Frage werden sich in den Einkommensrunden der nächsten fünf Jahre entscheiden. Eine vorab gegebene Festlegung unseres grünen Landesverbands wäre nicht nur vermessen, weil wir sie auch bei der Beteiligung an einer Regierung – angesichts der vielen Beteiligten bei den Einkommensrunden – gar nicht sicher durchsetzen könnten. Sie entspräche zudem auch nicht unserer Auffassung, dass Tarif- und Besoldungsfragen in Verhandlungen von VertreterInnen der Arbeitgeberseite und der Beschäftigten auf gleicher Augenhöhe geregelt werden müssen.</p>
<p>1b) Welche Maßnahmen planen Sie zur Anpassung der Entgelte der beschäftigten Lehrkräfte an die Beamtenbesoldung?</p>	<p>Die SPD-Landtagsfraktion hat bei der Frage der Besoldungsanpassungen der letzten Jahre stets eine verlässliche Linie vertreten. Zuvor gemachte Ankündigungen wurden auch in die Tat umgesetzt. Die Spielräume, die der Landeshaushalt vor dem Hintergrund der vom Land insgesamt wahrzunehmenden Aufgaben bietet, wurden bei diesen Besoldungsanpassungen ausgeschöpft. ... (Fortsetzung nächste Seite)</p>			<p>Für uns gilt das Prinzip: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – unabhängig von Schulformen und vom Modus des Arbeitsverhältnisses (BeamteR/AngestellteR). Bestehende Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung von Lehrkräften wollen wir abbauen.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Fortsetzung 1b) Welche Maßnahmen planen Sie zur Anpassung der Entgelte der beschäftigten Lehrkräfte an die Beamtenbesoldung?</p>	<p>... Besoldungsanpassungen müssen jeweils aus einer Abwägung komplexer rechtlicher und tatsächlicher Belange heraus erfolgen. Zum Kernbereich der Anpassungspflicht nach § 14 Abs. 1 BBesG gehört in der Hauptsache der Grundsatz, dass die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen ist. In diesem Rahmen wird sicherlich auf die Entwicklung der Realeinkommen der unselbstständig Beschäftigten abzustellen sein, wobei ein besonderer Bezugspunkt hierfür die Gestaltung des Entgelt-niveaus innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes bildet. Hierbei sind jedoch die strukturellen Unterschiede im Bezahlungsrecht der beiden Statusgruppen zu berücksichtigen. Zum anderen ist die allgemeine Einkommens- und Vermögenslage – einschließlich der Finanzlage der öffentlichen Haushalte – für die Abwägungsentscheidung des Gesetzgebers zu berücksichtigen. Eine wichtige Rolle spielt auch der hohe Personalkostenanteil, der den rheinland-pfälzischen Landeshaushalt wie alle Länderhaushalte strukturell kennzeichnet.</p> <p>Daraus ergibt sich, dass der Situation des Landes Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die Finanzlage seiner öffentlichen Haushalte – der des Landeshaushaltes und jener der kommunalen Gebietskörperschaften – nicht die alleinige, jedoch eine besondere Bedeutung im Rahmen der zu treffenden Abwägung zukommen muss. In diesem Zusammenhang stellt die neue Schuldenregel eine außerordentlich weitreichende Entscheidung dar.</p>			

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
1c) Wie steht Ihre Partei zu einer leistungsbezogenen Besoldung?	Die vorübergehend eingeführten Leistungszulagen in Rheinland-Pfalz wurden gestrichen, weil sie keinerlei Akzeptanz in der Breite der Lehrerschaft genossen. Die SPD plant derzeit keine Wiedereinführung.			Es gibt keine Beschlusslage unseres Landesverbands zur Stärkung oder zur Abschaffung leistungsbezogener Elemente bei der Besoldung bzw. Entlohnung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst. Bundesweit setzen sich grüne Fraktionen tendenziell eher für die Einführung von Leistungskomponenten bei Einkommensregelungen im öffentlichen Sektor ein. Es gibt aber auch Gründe, gleiche Bezahlung für alle Beschäftigten vorzusehen, die mit ihrer Arbeit gleichwertige Aufgaben erfüllen. Wenn Aufgaben übernommen werden, die größere Ansprüche stellen und die Beschäftigten stärker belasten, kann eine höhere Bezahlung sinnvoll sein. Zudem kommen andere Anreize für stärker beanspruchende Tätigkeiten in Betracht – beispielsweise eine bessere Unterstützung der Lehrkräfte und vor Allem auch der Schulleitungen durch spezialisierte Fachkräfte bei Verwaltungs- und Geschäftsführungstätigkeiten.
2) Berufsbeamtentum Wie steht Ihre Partei zum Berufsbeamtentum für Lehrkräfte?	Der Beamtenstatus hat sich bewährt. Wir planen daher keinerlei Veränderungen.	Wir halten den Beamtenstatus für rheinland-pfälzische Lehrkräfte auch zukünftig für geboten und inhaltlich überzeugend. Leistungszuschläge und Aufstiegsperspektiven steigern die Attraktivität des Lehrerberufs. Deshalb werden wir in diesem Bereich gemeinsam nach neuen Wegen suchen.	Der Beamtenstatus für Lehrer hat sich bewährt. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums lassen Spielraum für dessen Fortentwicklung und Erneuerung. Dieser Prozess ist mit dem Beamtenstatusgesetz, dem neuen Dienstrecht in den Ländern und Kommunen nach der Föderalismusreform I nicht beendet. Der von der Landesregierung begonnenen umfassenden Dienstrechtsreform wird die FDP ihr eigenes Gepräge geben. Die auf die Länder übergangene Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht werden wir dafür nutzen, ein moderneres, flexibleres, leistungsorientierteres und gerechteres Dienstrecht zu schaffen. Die entschiedene Stärkung des Leistungsgedankens und Effektivität hat für die FDP dabei Priorität.	Da wir den Beamtenstatus auf den Kernbereich hoheitlicher Aufgaben begrenzen wollen, sollten unserer Meinung nach zukünftige Lehrerinnen und Lehrer Angestellte im öffentlichen Dienst sein.

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>3) Weiterbildung und Aufstieg 3a) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für einen berufsbegleitenden Aufstieg der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes (Fachlehrerinnen / Fachlehrer; Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis) in den höheren Dienst?</p>	<p>Die SPD hat ein großes Interesse daran, dass Lehrkräften des derzeitigen gehobenen Dienstes an berufsbildenden Schulen ein adäquates Weiterbildungsangebot und Angebote zu einem Aufstieg in den derzeitigen höheren Dienst geboten werden und unterstützt die hierauf gerichteten Maßnahmen, die die Regierung diesbezüglich eingeleitet hat.</p>	<p>Wir wollen die bewährten Regelungen zur Beförderung wieder anwenden. Anreize für besondere Leistungen sind für die Motivation unserer Lehrkräfte unerlässlich. Deshalb werden wir ausreichende Beförderungsstellen vorhalten und zusätzlich zeitlich befristete Leistungszulagen etablieren.</p>	<p>Berufsbegleitende Aufstiegsmöglichkeiten für die Lehrkräfte des gehobenen Dienstes in den höheren Dienst, die eng an fachliche Weiterbildung gekoppelt sind, sind elementare Bausteine der Attraktivität des Berufsbildes. Auch hinsichtlich der Besetzung von Funktionsstellen an den berufsbildenden Schulen und von Fachleiterstellen an den Studienseminaren muss es zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer kommen. Die berufsbildenden Schulen (BBS) im Land dürfen in diesen Bereichen nicht länger zurückstehen.</p>	<p>Möglichkeiten des Aufstiegs können ein Instrument sein, um zu der von uns schrittweise und langfristig angestrebten Angleichung der Bezahlung derzeit unterschiedlich eingestufte Lehrkräfte zu gelangen, die gleichwertige Arbeit verrichten.</p>
<p>3b) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um an berufsbildenden Schulen die gesunkene Zahl der Beförderungstellen nach A 14 wieder zu erhöhen?</p>	<p>Eine Absenkung der Zahl der Beförderungen nach A14 können wir nicht erkennen. Das Land erhöht seit Jahren kontinuierlich die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten von A13 nach A14. Im Jahr 2011 stehen für Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und berufsbildende Schulen (BBS) zusammen insgesamt 400 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung.</p>			<p>Mit dieser Thematik hat sich der grüne Landesverband bislang noch nicht befasst, deshalb können wir hierzu keine Angaben machen.</p>
<p>3c) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Verfahrensdauer bei der Besetzung von Funktionsstellen an den berufsbildenden Schulen und von Fachleiterstellen an den Studienseminaren zu verkürzen?</p>	<p>Eine große Zahl von Funktionsstellenbesetzungen findet derzeit in einem sehr überschaubaren Zeitraum zwischen Ausschreibung und Stellenbesetzung statt, allerdings gibt es nach wie vor Verfahren, die übermäßig viel Zeit in Anspruch nehmen. Dies gilt besonders für Fälle, in denen Mitbewerberinnen oder Mitbewerber den Klageweg beschreiten. Auch dann, wenn Stellen nicht sofort im ersten Anlauf besetzt werden können, kommt es zu erheblichen Verzögerungen. Für die übrigen Fälle setzt die SPD auf eine weitere Optimierung der Prozesse bei der Besetzung von Funktionsstellen, insbesondere zwischen der Durchführung der funktionsbezogenen Überprüfung und der Entscheidung. Grundsätzlich hat sich das Verfahren - einschließlich aller Beteiligungen - bewährt, so dass grundlegende Veränderungen nicht angestrebt werden.</p>			<p>Wir halten es für sinnvoll, Besetzungsverfahren zu beschleunigen und die Vakanz notwendiger Positionen an Schulen und in Studienseminaren so kurz wie möglich zu halten, soweit dies den Landesbehörden mit rechtlich unangreifbaren Verfahrensregelungen möglich ist. Wenn die Verfahrensdauer dadurch verlängert wird, dass vielfach keine oder in der Gesamtschau zu wenig Bewerbungen vorliegen, dann muss die Attraktivität von Funktionsstellen erhöht werden.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>4) Unterrichtsausfall / Nachwuchsgewinnung 4a) Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den hohen Unterrichtsausfall in den berufsbildenden Schulen abzubauen?</p>	<p>Der vergleichsweise hohe Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen ist der Tatsache geschuldet, dass es in den vergangenen Jahrzehnten zu wenige Lehramtsstudierende gab, die das Lehramt an berufsbildenden Schulen gewählt hatten. Um dem zu entgegnen, ist es unabdingbar, die Attraktivität der BBS als Arbeitsplatz zu steigern. Generell ist eine gute Lehrerbildung die Grundvoraussetzung, damit sich junge Menschen überhaupt für den Lehrerberuf entscheiden. Auch die in der reformierten Lehrerbildung vorgeschriebenen Praktika an anderen Schularten kann den Studierenden hierbei „Appetit“ auf die berufsbildende Schule machen. Da die Berufsschullehrkraft die Schnittstelle zwischen theoretischem Wissen und der beruflichen Praxis darstellt, ist es für uns zudem wichtig, verstärkt Seiten- und Quereinsteiger anzuwerben. Eine Selbstverständlichkeit ist dabei die Besetzung von Planstellen in berufsbildenden Schulen, soweit sich irgend möglich die Fachlehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt finden lassen. Generell sind wir bestrebt, die Bedeutung der berufsbildenden Schule ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rufen. Dass die berufsbildende Schule alle Schulabschlüsse anbietet und hierbei enge Beziehungen zur Wirtschaft pflegt, macht sie auch für Lehrkräfte zu einem attraktiven, dynamischen und offenen Arbeitsplatz. Die Strukturreform des berufsbildenden Bereichs mit Schaffung von mehr Wahlschulstandorten wie der höheren Berufsfachschule oder der Berufsoberschule haben ohne Zweifel zu einer Erhöhung der Attraktivität beigetragen und sind eine der Ursachen für die leichte Verbesserung bei der Unterrichtsversorgung.</p>	<p>Die strukturelle Unterversorgung der berufsbildenden Schulen ist erschreckend hoch und seit Jahren dauerhaft konstant. Deshalb wird es in der kommenden Legislaturperiode eine Kernherausforderung einer CDU-geführten Landesregierung sein, für das Lehramt an berufsbildenden Schulen zu werben und geeignete Einstiegsperspektiven zu eröffnen. Nach Ansicht einer christdemokratischen Bildungspolitik müssen gerade für den berufsbildenden Bereich deutlich mehr und flexiblere Einstellungsperspektiven unter Beachtung der notwendigen Qualifikationen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll auch die Erhöhung der Anwärterbezüge eine bedeutende Rolle spielen.</p>	<p>Das Duale System der beruflichen Bildung in Deutschland ist ein international anerkanntes deutsches Markenzeichen, dessen Qualität davon abhängt, dass es mit den Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten kann. Eine gute Ausbildung ist die entscheidende Voraussetzung für einen sicheren Arbeitsplatz. Die berufliche Bildung braucht hochqualifizierte und befähigte Lehrer. Der Lehrermangel an Berufsbildenden Schulen ist deshalb vorrangig zu beseitigen. Lehramtsanwärter, die an Berufsbildenden Schulen eigenverantwortlich unterrichten, sollen attraktive Bezüge erhalten. Zur Sicherung des berufsfachlichen Personals werden damit Fachkräften aus der Wirtschaft Anreize geboten, um in die Berufsbildenden Schulen zu gehen. Die Schulpolitik der SPD-geführten Landesregierung ließ angemessene und wertschätzende Bemühungen zur Verbesserung der Lehrerversorgung an den Berufsbildenden Schulen in den vergangenen fünf Jahren vermissen. Das Argument der bundesweit angespannten Nachwuchssituation auf dem Lehrerarbeitsmarkt kann nicht angeführt werden, wenn Rheinland-Pfalz bei der Schüler-Lehrer-Relation in der Berufsschule nur auf Platz 13 liegt. Im Übrigen kann auch von einer „Einstellungspolitik auf hohem Niveau“, wie es Ministerin Ahnen nennt, nicht die Rede sein, wenn 26,7 Prozent der zu Beginn des Schuljahres 2010/ 2011 eingestellten Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Schulen über keine volle Lehramtsqualifikation verfügten. ... (Fortsetzung auf der nächsten Seite)</p>	<p>Den berufsbildenden Schulen müssen genug Stellen zugewiesen werden, um eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung gewährleisten zu können. Zudem muss genug qualifiziertes Personal gewonnen und ausgebildet werden, um als Lehrkraft in berufsbildenden Schulen tätig zu werden. Dazu muss die Tätigkeit als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen attraktiver werden. Dies wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket erreichen, bei dem die Bezahlung und die Gesamtarbeitsbelastung der Lehrkräfte ebenso berücksichtigt werden muss wie auch die Angebote zur Fort- und Weiterbildung, die Ausstattung der berufsbildenden Schulen und die Rahmenbedingungen für den Unterricht in den verschiedenen Bildungsgängen.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Fortsetzung Unterrichtsausfall / Nachwuchsgewinnung 4a) Welche Konzepte hat Ihre Partei, um den hohen Unterrichtsausfall in den berufsbildenden Schulen abzubauen?</p>			<p>... Die FDP-Landtagsfraktion hat im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen erneut einen Antrag eingebracht, mit dem wir die Landesregierung aufgefordert haben, die Berufsbildenden Schulen nicht länger zu benachteiligen. Mit 5,9 Prozent ist hier weiterhin der höchste strukturelle Unterrichtsausfall aller Schularten zu beklagen. Deshalb müssen analog zur Ausweitung der Kapazitäten für die allgemeinbildenden Schulen zusätzliche Ausbildungsplätze an den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen geschaffen werden. Dazu gehört auch unsere Forderung nach einem Konzept, wie die Ausbildungs- und Wettbewerbsbedingungen so verbessert werden können, dass sich künftig mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz für das Lehramt für Berufsbildende Schulen entscheiden.</p>	
<p>4b) Welche Pläne hat Ihre Partei für die kommende Legislaturperiode, um Lehrkräfte aus grundständigem Studium vor allem im gewerblich-technischen und hauswirtschaftlichen Bereich zu gewinnen?</p>	<p>In diesem Bereich werden wir verstärkt Seiten- und Quereinsteiger qualifizieren oder nachqualifizieren. Die Aussicht auf Verbeamtung und die damit verbundene Arbeitsplatzsicherheit stellt für viele Menschen mit einem grundständigem Studium und Erfahrungen in der freien Wirtschaft eine interessante Perspektive dar.</p>			<p>Siehe Antworten zu 4a) und c).</p>
<p>4c) Wie stehen Sie zu einer Erhöhung der Anwärterbezüge, um die Gewinnung von Lehrkräften attraktiver zu machen?</p>	<p>Die Erhöhung der Anwärterbezüge ist nur bedingt eine Maßnahme zur Attraktivitätssteigerung, da anzunehmen ist, dass die umliegenden Bundesländer diesen Schritt ebenfalls gehen würden. Gegenüber der Bezahlung in der freien Wirtschaft kann der Vorbereitungsdienst - der eine Ausbildung, jedoch keine Berufstätigkeit darstellt, unter keinen Umständen konkurrieren, so dass auch insoweit eine Erhöhung nicht wesentlich zur Attraktivitätssteigerung beitragen würde. Dafür aber gibt das Beamtenverhältnis, in das Lehrkräfte in aller Regel auch weiterhin selbstverständlich eingestellt werden, ein Maß an sozialer Sicherheit, das durch keine Tätigkeit in der Wirtschaft erreicht wird.</p>			<p>Grundsätzlich stehen wir einer Erhöhung der Anwärterbezüge positiv gegenüber, um zu verhindern, dass der Einstieg ins das Lehramt zu einer finanziellen „Durststrecke“ mit einer besonders hohen Arbeitsbelastung wird, die bei einer Entscheidung für oder gegen die Laufbahn als Lehrkraft abschreckend wirkt.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>5. Fachoberschule im Gebäude der Realschule plus 5a) Wie steht Ihre Partei zur Einrichtung der Fachoberschule an der Schulart Realschule plus, obwohl sie gesetzlich verankerte Schulform der BBS ist?</p>	<p>Mit der Schulstrukturreform und ihrer Verankerung im Schulgesetz wurde die Fachoberschule als Schulform der berufsbildenden Schule bestätigt. Ihre organisatorische Anbindung an die Realschule plus als aufstiegsorientiertes Angebot der Sekundarstufe II ist ebenfalls festgeschrieben. Die SPD plant in diesem Punkte keine Änderung des Schulgesetzes.</p>	<p>Für uns steht fest, dass die Fachoberschule eine Schulart der berufsbildenden Schulen ist. Es sollte anhand der Gegebenheiten vor Ort entschieden werden, inwiefern sie an einer Realschule plus oder einer berufsbildenden Schule angesiedelt wird. Zu jeder Realschule plus gehört jedoch unserer Ansicht nach eine Oberstufe. Diese ist entweder an die Schule selbst angebunden oder wird in enger organisatorischer und pädagogischer Kooperation insbesondere mit einem berufsbildenden Gymnasium geführt. Nur so werden auch die Vollzeitbildungsgänge der berufsbildenden Schulen Eingang in die Schulwahlentscheidung der Eltern und Schüler finden. Für uns ist es zukünftig unerlässlich, dass insbesondere Realschulen plus und berufsbildende Schulen sehr viel stärker als bisher organisatorisch und pädagogisch kooperieren. Aus diesem Grund planen wir verbindliche Kooperationen zwischen Realschulen plus und berufsbildenden Schulen hinsichtlich der Berufsorientierung und des Übergangs zwischen Sek. I und II. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Vollzeitbildungsgänge der berufsbildenden Schulen weiter bedarfsgerecht ausbauen.</p>	<p>Die eingeleitete Schulstrukturreform lässt sich nicht zurücknehmen. Daher ist der Blick nach vorne zu richten. Die Probleme und Schwächen der Realschulen plus müssen jedoch gelöst werden. Das Angebot einer Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden Schule. Der Abschluss der Fachhochschulreife an der Realschule plus kann nur in Kooperation mit der Berufsbildenden Schule realisiert werden. Auch die Einrichtung weiterer Fachoberschulen soll nach Absprache und in Kooperation mit betreffenden Berufsbildenden Schulen erfolgen. Die von der zuständigen Ministerin zugesagte regionale Verträglichkeit ist in den Augen der FDP bei einer weiteren Ausdehnung von Fachoberschulen an Realschulen plus gefährdet, wenn bei insgesamt zurückgehenden Schülerzahlen zum Teil dieselben Angebote vorgehalten werden, wie an BBS'en, die sich in unmittelbarer Nähe befinden. Auch die Frage nach den benötigten Lehrerstellen darf bei der Bewertung bezüglich der Einrichtung weiterer Fachoberschulen nicht unberücksichtigt bleiben. Eine weitere Belastung zu Ungunsten der Berufsbildenden Schulen kann unsere Zustimmung nicht finden. Die Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, hierbei schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen und verstärkt den Kontakt zu BBS'en zu suchen, in deren Umgebung potentiell neue Fachoberschulen entstehen könnten.</p>	<p>Die Erweiterung der „Realschule plus“ um den Bildungsgang der Fachoberschule ist weder politisch noch pädagogisch durchdacht. Wenn die Fachoberschule aus dem System der beruflichen Bildung herausgenommen und durch die Angebote an Realschulen plus ersetzt würde, käme die vielfach geforderte Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung noch schlechter zum Tragen als bisher. Wenn die Fachoberschule an berufsbildenden Schulen und Realschulen plus gleichzeitig angeboten würde, könnten ineffiziente Doppelstrukturen entstehen.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
5b) Wie viele weitere Fachoberschulen planen Sie an Realschulen plus über die 12 bisher genehmigten Standorte hinaus?	Die SPD sieht keinen Sinn in einer quantitativen Vorfestlegung. Die Entscheidung über zukünftige Fachoberschulstandorte an Realschulen plus muss sich aus den regionalen Schulentwicklungsplänen, dem bereits vorhandenen Angebot an Fachhochschulreifeunterricht an berufsbildenden Schulen und dem pädagogischen Konzepten der Realschulen plus stringent ableiten.			Statt einer Ausweitung der Fachoberschulen an Realschulen plus wollen wir mehr Integrierte Gesamtschulen einrichten, die den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife anbieten. Die Fachoberschule wollen wir grundsätzlich den berufsbildenden Schulen zuordnen, um weitere Wege zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung für Schülerinnen und Schüler zu eröffnen, die nach einem Schulabschluss ohne Hochschulzugangsberechtigung zunächst eine berufliche Ausbildung gewählt haben.
5c) Wie schätzt Ihre Partei die Auswirkungen der Einführung der Fachoberschule an den Realschulen plus auf die Vollzeitbildungsgänge der berufsbildenden Schulen ein?	Die SPD sieht in jedem vollzeitschulischen Sekundarstufen II-Angebot sowohl bezogen auf die Schülerinnen und Schüler wie auch arbeitsmarktpolitisch gesehen wichtige Aufstiegsangebote. Aus diesem Grund beurteilen wir zusätzliche schulische Angebote in der Sekundarstufe II sowohl im allgemeinbildenden wie auch im berufsbildenden Bereich als erweiterte Lebenschance für junge Menschen. Sie beschädigen insofern nicht andere Bildungsgänge, sondern bieten zusätzliche oder alternative Bildungschancen und werden auch nur im Rahmen der lokalen oder regionalen Bedarfe laut Schulentwicklungsplanung eingerichtet.			Die berufsbildenden Schulen werden durch die Errichtung von Parallelstrukturen an Realschulen plus tendenziell geschwächt. Es ist zu befürchten, dass entsprechende Angebote der berufsbildenden Schulen – auch bedingt durch sinkende SchülerInnenzahlen – künftig nicht mehr zustande kommen.
5d) In welcher Weise soll nach Meinung Ihrer Partei die rechtliche und personelle Anbindung der Fachoberschule an die berufsbildenden Schulen erfolgen?	Die organisatorische Anbindung des berufsbildenden Bildungsganges Fachoberschule ist im Schulgesetz geregelt. Die SPD plant keine Veränderung des Gesetzes an dieser Stelle. Da aber an den Fachoberschulen und anderen berufsbildenden Schulen Lehrkräfte für das Lehramt an berufsbildenden Schulen tätig sein werden, erscheint uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen benachbarten Schulen wünschenswert zu sein.			Mit dieser Thematik hat sich der grüne Landesverband bislang noch nicht befasst, deshalb können wir hierzu keine Angaben machen.

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>6. Fachklassenbildung Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um Fachklassen und damit Ausbildungsplätze in ländlichen Regionen erhalten?</p>	<p>Fachklassen und damit Ausbildungsplätze in ländlichen Regionen sind so lange wichtige infrastrukturelle Angebote, solange in dieser Region insbesondere für die Ausbildungsplätze auch tatsächlich berufspraktische Möglichkeiten angeboten werden. Arbeitsmarktpolitische Strukturveränderungen lassen sich nicht durch den Erhalt von Fachklassen und Ausbildungsplätzen verhindern. Vielmehr müssen solche Strukturveränderungen und damit inhaltliche Schwerpunktänderungen auf dem Ausbildungsmarkt im Bereich der berufsbildenden Schule nachvollzogen werden und daher besser neue Fachklassen und berufsbildende Angebote geschaffen werden, die sich in den Arbeitsmarkt einfügen.</p>	<p>Die Ausbildung neuer Fachkräfte ist lebensnotwendig um die Wirtschaftsstruktur in den ländlichen Regionen langfristig aufrechterhalten zu können. Deshalb müssen die Mindestgrößen der Fachklassen an den demographischen Wandel angepasst werden. Nur so können die Ausbildungskapazitäten in allen Bereichen unseres Landes dauerhaft gesichert werden.</p>	<p>Die Duale Ausbildung bildet gerade auch im ländlichen Raum eine Stütze der heimischen Wirtschaft und bietet den jungen Menschen eine berufliche Perspektive vor Ort. Die FDP wird sich dafür einsetzen, Fachklassen in der Fläche zu erhalten. Auch zu diesem Zweck ist eine anforderungsgemäße Ausstattung an Lehrpersonal unabdingbar. Sinnvolle Kooperationen einzelner BBS-Standorte bleiben von diesen Überlegungen natürlich unberührt.</p>	<p>Mit dieser Frage sprechen Sie eine der größten schulpolitischen Herausforderungen für die kommenden Jahre an. Wichtig ist, dass die Kommunen ihre Aufgabe der Schulentwicklungsplanung gerade auch für den Bereich der berufsbildenden Schulen sehr ernst nehmen und durch die zuständigen Behörden des Landes bei der Schulentwicklungsplanung stärker unterstützt werden. Gerade die Schulentwicklungsplanung für die berufsbildenden Schulen muss über den Tellerrand der Grenzen von Kreisen und kreisfreien Städten hinausschauen, um eine optimale Bereitstellung von Bildungsangeboten im regionalen Zusammenhang zu leisten. Kommunen müssen Anreize erhalten, sich im regionalen Zusammenhang als Schulträger für gute, flächendeckende Angebote an berufsbildenden Schulen einzusetzen. Sie dürfen nicht durch die Pflicht zur Übernahme von Kosten für besondere Anstrengungen in diesem Bildungssegment bestraft werden – beispielsweise mit der Verantwortung für die für die Schülerbeförderung. Ziel muss sein, kurze Wege zwischen dem Wohnort, den Ausbildungsstätten und schulischen Angeboten zu ermöglichen. Der Rückgang von SchülerInnenzahlen durch eine sich wandelnde Arbeitswelt und die demographische Entwicklung wird aber Zusammenfassungen und Zentralisierungen von Angeboten erforderlich machen, wenn Bildungsgänge an verschiedenen Standorten durch sinkende SchülerInnenzahlen nicht mehr zustande kommen.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>7) Berufsvorbereitungsjahr und Berufsfachschule / Sozialpädagogische Betreuung 7a) Mit welchen Maßnahmen bezüglich Personal, sozialpädagogischer Betreuung und Sachausstattung plant Ihre Partei, um die Situation im Berufsvorbereitungsjahr und der Berufsfachschule zu entschärfen?</p>	<p>Die sozialpädagogische Betreuung für das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufsfachschule wird weiter ausgebaut, wobei nicht nur der Fokus auf diesen beiden Schulformen, sondern auf der berufsbildenden Schule als Ganzes liegen soll. Mit anderen Worten: Schulsozialarbeit betrifft die Schule als Lernort und nicht nur die jeweiligen Schulformen. Außerdem wird die Klassenmesszahl an der Berufsfachschule in zwei Schritten auf 25 Schülerinnen und Schüler reduziert.</p>	<p>Eine CDU-geführte Landesregierung wird die berufsbildenden Schulen gleichberechtigt an den Landesprogrammen zum Ausbau der Ganztagschule bzw. der Ausweitung der Schulsozialarbeit beteiligen. Auf diese Weise werden auch an berufsbildenden Schulen ganztägige Bildungs- Erziehungs- und Betreuungsmöglichkeiten unter Zuhilfenahme sozialpädagogischer Kompetenz möglich.</p>	<p>Das von der Landesregierung viel umworbene Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ an der Realschule plus ist ein weiterer Beleg für die Ungleichbehandlung der Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Selbstverständlich ist nichts dagegen einzuwenden, Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss zu unterstützen und ihnen eine zusätzliche Möglichkeit zum Erwerb eines Schulabschlusses anzubieten. Es darf aber nicht übersehen werden, dass lediglich 3 Prozent aller Schulabbrecher in den Genuss dieser durch exklusive Rahmenbedingungen gekennzeichneten Maßnahme kommen. Die Übrigen gehen in das Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsbildenden Schulen, welches nicht im Ansatz vergleichbare Bedingungen erhält. Die FDP fordert, die Rahmenbedingungen des BVJ und der Berufsfachschule zu verbessern, um der gestellten Aufgabe gerecht werden zu können. Ferner hat die FDP-Fraktion in dieser Wahlperiode mehrfach gefordert, dass endlich auch die Berufsbildenden Schulen am Ganztagschulprogramm beteiligt werden müssen, damit sie insbesondere in den Berufsvorbereitungsklassen und den Berufsfachschulen Förderbedürfnissen von lernschwächeren Schülern und solchen mit sozialen Problemen unter vergleichbaren Rahmenbedingungen Rechnung tragen können.</p>	<p>Die Schulsozialarbeit und die sozialpädagogische Betreuung in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen wollen wir deutlich ausweiten. Die bisherige Berufsfachschule I hat aufgrund ihrer Struktur ihre Ziele nicht erreicht und muss durch Angebote ersetzt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der SchülerInnen besser gerecht werden. Vor allem für Jugendliche, die auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligt sind, sollen an den berufsbildenden Schulen spezielle Förder- und Qualifizierungsprogramme angeboten werden. Diese sollen mit passenden Förder- und Bildungsangeboten die Erlangung der Ausbildungsreife unterstützen und mit Ausbildungsangeboten in Verantwortung der berufsbildenden Schulen die Qualifikation als Facharbeiterin und Facharbeiter vermitteln. Wichtig ist, die räumliche Situation und die Sachausstattung der berufsbildenden Schulen deutlich zu verbessern und hierfür mit Landesmitteln gezielt Anreize für die Kommunen als Schulträger zu setzen. Die Ausstattung der berufsbildenden Schulen muss – wo dies erforderlich ist – auf das Niveau schulischer Oberstufen und Hochschulen angehoben werden.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>7b) Welche konkreten Maßnahmen – z.B. bei der Sach- und Personalausstattung – wird Ihre Partei in der Legislaturperiode 2011-2016 ergreifen, um die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen spürbar zu verbessern und auszuweiten?</p>				<p>Wir streben an, die Kommunen als Schulträger zielgerichtet zu unterstützen, um die Ausstattung der berufsbildenden Schulen mit Fachkräften für die Schulsozialarbeit spürbar zu unterstützen. Zusätzlich muss geprüft werden, den berufsbildenden Schulen mehr entsprechende Stellen vonseiten des Landes zuzuweisen, soweit die sozialpädagogische Betreuung als integraler Bestandteil der schulischen Bildungsangebote etabliert werden muss. Wichtig ist auch, die berufsbildenden Schulen als soziale Orte zu entwickeln. Die Gestaltung der Schulhöfe muss für altersgerechte Aufenthaltsqualitäten verbessert werden. Berufsbildende Schulen sollten grundsätzlich mit einer Cafeteria ausgestattet werden, die als zentraler Ort für gemeinsames Verweilen und Begegnungen gestaltet werden soll.</p>
<p>8. Lehrerarbeitszeit Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die dramatische Zunahme der außerunterrichtlichen Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit der Lehrer berücksichtigt wird?</p>	<p>Ein Anlass für eine Absenkung der Lehrerarbeitszeit wird angesichts der Arbeitszeitentwicklung sowohl im öffentlichen Dienst als auch darüber hinaus nicht gesehen.</p>	<p>Es ist Ziel einer CDU Bildungspolitik den schulischen Alltag von bürokratischen Überregulierungen zu befreien. In diesem Bereich sind wir auf die enge Kooperation mit den Lehrerverbänden angewiesen. Zudem wollen wir eine Vielzahl an Kompetenzbereichen im Sinne eines Vertrauens in die hohe pädagogische und fachliche Kompetenz unserer Lehrerschaft an die Schulen verlagern. Wir versprechen uns hiervon eine effizientere und zeitschonendere Organisation.</p>	<p>Die neuen Anforderungen an Förderung, Elternkommunikation und Individualisierung im Unterricht verlangen mehr Möglichkeiten für eine Herabsetzung der Stundenverpflichtungen. Der demografische Wandel eröffnet hierfür die Möglichkeit.</p>	<p>Die Arbeitszeit für LehrerInnen muss sich an der Arbeitszeit für Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst orientieren. Bei der Festlegung der Arbeitszeit darf nicht bloß auf die Unterrichtsverpflichtung abgestellt werden, sondern es muss die Gesamtarbeitsbelastung – auch durch außerunterrichtliche Arbeitszeiten – realitätsnah erfasst werden. Auch für Teilzeitmodelle muss die Orientierung an der tatsächlichen Gesamtarbeitsbelastung konsequent Anwendung finden.</p>

Frage	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>9. Fortbildung Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen durch rechtzeitige und angemessen ausgestattete Fortbildungsmöglichkeiten zu gewährleisten?</p>	<p>Das Pädagogische Landesinstitut (PL) soll die bisherigen Angebote der verschiedenen Fort- und Weiterbildungseinrichtungen bündeln und flexibel auf neue Bedürfnisse reagieren. Das PL hat eine wichtige Funktion und die Angebote sollen beibehalten werden.</p> <p>Wichtig ist, dass die Lehrkräfte Angebote wahrnehmen, die ihnen und ihren Kollegen einen Nutzen bringen. So hat sich beispielsweise gezeigt, dass es bei bestimmten Themen, auch bei fachbezogenen und gegebenenfalls schulartbezogenen Fragen der Unterrichtsgestaltung, wirksamer ist, wenn nicht nur eine Lehrkraft pro Schule an einer Veranstaltung teilnimmt, sondern ein Team. Des Weiteren ist es hilfreich, nicht nur eine punktuelle Veranstaltung zu besuchen, sondern über einen längeren Zeitraum Input und Erfahrungsaustausch zu organisieren. Mit Blick darauf werden zunehmend regionale Arbeitsgemeinschaften und durch die Beratungskräfte Fortbildungen für Schulteams, Fachschaften oder ganze Kollegien angeboten.</p>	<p>Fortbildung ist ein wichtiges Kriterium um die Professionalität unserer Lehrerkollegien langfristig zu gewährleisten. Deshalb wollen wir im Zusammenhang mit einer Öffnung hin zu leistungsorientierten Zulagen und erfolgsorientierten Aufstiegsmöglichkeiten Fortbildungen zu einem entscheidenden Kriterium machen.</p>	<p>Weiterbildung für Lehrkräfte muss in einem angemessenen Umfang verbindlich werden. Dazu ist das Fort- und Weiterbildungsangebot entsprechend den fachlichen Anforderungen, den Wünschen der Lehrkräfte und dem schulischen Bedarf auszubauen und inhaltlich weiter zu entwickeln.</p> <p>Fortbildungen sind zu evaluieren, damit Kosten für nicht hilfreiche Fortbildungsangebote vermieden werden.</p> <p>Allen Schulen ist ein eigenes Budget zur Steigerung der Beratungs- und Fortbildungsqualität vor Ort zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Die Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte muss qualitativ verbessert werden. Für uns stehen dabei Kompetenzen zur individuellen Förderung und im Umgang mit heterogenen Lerngruppen im Mittelpunkt. Dazu gehört ein verpflichtendes Modul „Interkulturelle Kompetenzen“. Ein weiterer Schwerpunkt sind Fortbildungsangebote zum Umgang mit den Belastungen des beruflichen Alltags. Speziell für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen müssen gezielte Fortbildungsangebote bereitgestellt werden, um Einblicke in veränderliche Bedingungen der Arbeitswelt wie beispielsweise bei Berufsbildern, Beschäftigungsbedingungen und Arbeitsprozessen regelmäßig zu aktualisieren.</p>